



## Dr. Christos Pantazis

Mitglied des Niedersächsischen Landtages  
Abgeordneter des Wahlkreises 1 | Braunschweig-Nord  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig

An den  
Presseverteiler

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL

Volksfreundhaus  
Schloßstraße 8  
38100 Braunschweig

Fon: +49 531 – 480 98 27

Fax: +49 531 – 480 98 50

[info@christos-pantazis.de](mailto:info@christos-pantazis.de)

[www.christos-pantazis.de](http://www.christos-pantazis.de)

28. Januar 2021

### SPD-Landtagsabgeordnete Pantazis, Kreiser, Bosse und Domeier begrüßen Ankündigung einiger CDU-Parlamentarier, der möglichen Ölschiefergewinnung im Bereich des Landschaftsschutzgebietes Schandelah- Wohld eine Absage zu erteilen

***Die vier SPD-Landtagsabgeordneten: „CDU soll beim Thema Ölschiefer ihren  
Absichtserklärungen auch Taten folgen lassen.“***

Mit Freude nahmen die SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Christos Pantazis, Dunja Kreiser, Marcus Bosse und Jörn Domeier die Ankündigung einiger CDU-Parlamentarier zur Kenntnis, der möglichen Ölschiefergewinnung im Bereich des Landschaftsschutzgebietes Schandelah-Wohld eine Absage zu erteilen. Selbige Forderung wurde bereits seitens der SPD, der Grünen sowie der ansässigen Bürgerinnen und Bürger formuliert.

„Der Landschaftsschutz hat in diesem Fall für uns eine höhere Priorität als mögliche wirtschaftliche Interessen, daher fordern wir, dies im Landesraumordnungsprogramm entsprechend widerzuspiegeln und einem raumordnerischen Auftrag mit den Zielen der Energiewende und des Klimaschutzes gerecht zu werden. Eine Behandlung nach Bergrecht würde einen künftigen Rohstoffabbau durch die Hintertür ermöglichen, dies wollen wir auf jeden Fall verhindern“, betonen die SPD-Landtagsabgeordneten. Sie wollen den Schutz dieser Fläche im Landesraumordnungsprogramm erhalten, den Lagerstättenschutz jedoch aufzuheben um den Bereich künftig ausschließlich als Fläche für Natur- und Landschaft zu erhalten.

„Im Ganzen betrachtet, ist selbst die Wirtschaftlichkeit eines möglichen Ölschieferabbaus in Frage zu stellen, da ein solcher Tagebau die Entwicklung der umliegenden Gemeinden auf Dauer hemmen würde. Sollte es den CDU-Abgeordneten nun tatsächlich gelungen sein, ‚Ihre‘ Ministerin, die sich unseren Gesprächsangeboten stets verweigert hat, nun umzustimmen, plädieren wir dafür, diese Zusagen nun schnellstmöglich in die Tat umzusetzen“, so die SPD-Abgeordneten.

PRESEMITTEILUNG